



**Pressemitteilung der Gewerkschaft der Polizei vom 14.09.2007**

## **Personalstellen der Polizei**

***GdP begrüßt die Entscheidungen der Regierungsfractionen, mahnt aber zugleich weiteren Handlungsbedarf an.***

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) begrüßt die gestern von den beiden Regierungsfractionen bekannt gegebene Vorhaben, den Stellenabbau im sog. Nichtvollzugsdienst der Polizei Ende des Jahres 2008 zu beenden.

„Das ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Man ist allerdings deutlich zu kurz gesprungen“, erklärte der GdP-Landesvorsitzende Josef Schneider dazu heute in Stuttgart. „Wir bekommen durch diese Entscheidungen keine einzige zusätzliche Stelle, wir stoppen nur den Stellenabbau. Darauf muss deutlich hingewiesen werden.“

Die GdP wird deshalb in der Kooperation mit der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) und dem Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) ihre öffentlich angekündigten Aktionen weiter betreiben.

Schneider: „Wir wollen, dass unserer Bürgerinnen und Bürger im Land zur Kenntnis nehmen, dass unsere Landesregierung den Abbau von 613 Stellen beim Polizeivollzugsdienst betreibt. Konkret streicht man also die Stellen einer großen oder zweier kleinerer Polizeidirektionen. Es sind auch 6 – 8 Polizeireviere oder 7 – 15 Streifendienste, die nach dem Vollzug dieser Stellenstreichungen nicht mehr zur Verfügung stehen. Wir fordern gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern weiter als Sofortmaßnahme erheblich verstärkte Neueinstellungen und einen verlässlichen Einstellungskorridor, u.a. durch den Verzicht auf die bereits beschlossenen Stellenstreichungen für den Polizeivollzugsdienst.“

**Herausgeber:**  
**Gewerkschaft der Polizei**  
**Landesbezirk Baden-Württemberg**  
**Maybachstr. 2**  
**71735 Eberdingen-Hochdorf**

**Rufnummer für Rückfragen:**  
**Josef Schneider, Landesvorsitzender, mobil 0171/4669911**